

20.04.2023 – 14:17 Uhr

Bauernverband unterstützt geplante Bildungsreform

Bauernverband unterstützt geplante Bildungsreform

Die Landwirtschaftskammer unterstützt den Vorschlag der OdA AgriAliForm, die landwirtschaftliche Grundbildung grundsätzlich bei drei Jahren zu belassen und mit einem freiwilligen vierten Jahr zu verstärken. Damit bekommen die angehenden Landwirtinnen und Landwirte einen noch besseren Rucksack, um die steigenden Herausforderungen zu bewältigen.

Die Landwirtschaftskammer (LAKA) – das Parlament des Schweizer Bauernverbands (SBV) – beriet heute die geplante Reform bei der landwirtschaftlichen Grundbildung und verabschiedete die Stellungnahme zuhanden der OdA AgriAliForm. Der Bauernverband unterstützt den Vorschlag einer weiterhin 3-jährigen Ausbildung mit unterschiedlichen Fachrichtungen im dritten Lehrjahr und der Möglichkeit, in einem vierten Lehrjahr das Wissen in einer zweiten Fachrichtung zu vertiefen. Damit das Modell die nötigen Verbesserungen bringt, möchte er die Gesamtzahl Lektionen erhöhen und die vorgesehenen Handlungskompetenzen optimieren. Zudem wollen die Mitglieder die Anzahl überbetrieblicher Kurse auf maximal 12 Tage beschränken. Die neue Fachbewilligung Pflanzenschutz soll Bestandteil der Grundausbildung sein. Das Bestehen ist aber keine Voraussetzung für das Erlangen des Fähigkeitszeugnisses als solches. Weiter ist es für den Bauernverband zwingend, dass auch die Höhere Berufsbildung angepasst und genügend Zeit für die Umsetzung und die Ausarbeitung der Lehrmittel eingeplant wird.

Weiter beriet die LAKA das landwirtschaftliche Verordnungspaket. Zu diskutieren gab dabei vor allem die vorgesehene Umverteilung der Direktzahlungen zu Gunsten der neuen Produktionssystembeiträge. Dabei sind unter anderem Kürzungen der Versorgungssicherheits-, der BTS- und der Biodiversitätsbeiträge vorgesehen. Die Mitglieder sind sich einig, dass diese Kürzungen vor allem die Tierhaltung schwächen würde. Zudem halten sie eine Kürzung auf Vorrat nicht sinnvoll, solange nicht klar ist, wie gross die Teilnahme an den freiwilligen Programmen in der Realität ist. Die LAKA lehnt die Umverteilungen daher ab. Weiter hält die LAKA an der Ablehnung der Direktauszahlung der Milchzulagen fest, wie dies bereits von vor einem Jahr gefordert wurde. Auch festhalten möchte sie am Stickstoff-Reduktionsziel von 10 Prozent bis 2030. Die neusten Berechnungen des Bundes zeigen, dass ein höheres Reduktionsziel realistischerweise nicht erreichbar ist. Der SBV wird die bereinigte Stellungnahme nun beim BLW einreichen.

Und schliesslich fassten die Mitglieder die Parolen für die Volksabstimmungen vom 18. Juni. Nach einer Pro-Kontra-Auslegeordnung sagten sie aufgrund der grossen Betroffenheit der Landwirtschaft vom Klimawandel Ja zum Klimaschutzgesetz. Aus finanzpolitischen Überlegungen unterstützt die LAKA die Vorlage zur OECD-Mindeststeuer. Zu den Covid-Verordnungen verzichtete sie auf eine Abstimmungsempfehlung.

Rückfragen:

Markus Ritter, Präsident SBV, Mobile 079 300 56 93

Martin Rufer, Direktor SBV, Mobile 078 803 45 54

Francis Egger, Vize-Direktor SBV, Mobile 079 280 69 66

www.sbv-usp.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100054062/100905728> abgerufen werden.